

3 Fragestunde

Bgm. Mag. Nagl:

Jetzt kommen wir zu unserer Fragestunde. Es ist auf der Gemeinderatsuhr 13.25 Uhr.

3.1 Frage 1: Graz als „Host City“ für die Olympischen Winterspiele 2026 (GRⁱⁿ Mag.^a Sahar Mohsenzada, KPÖ an Stadtrat Dr. Günter Riegler, ÖVP)

GRⁱⁿ Mag.^a Mohsenzada:

Sehr geehrte Damen und Herren der Stadtregierung, liebe Kollegen und Kolleginnen, liebe Gäste auf der ZuseherInnentribüne, sehr geehrter Herr Stadtrat.

Vor dem Nightrace in Schladming hat Bürgermeister Siegfried Nagl bekundet, dass sich Graz als „Host City“ für die Olympischen Winterspiele 2026 bewerben solle. Es sollen Spiele „ohne Gigantomanie“ werden, wie immer wieder betont wird. Dass das möglich ist, muss bezweifelt werden. Auch Sie, Herr Dr. Riegler, meinten erst kürzlich, wir hätten keine freien budgetären Mittel für Olympia – auch nicht für eine Bewerbung. Daher verstehen Sie meine Verwunderung, warum das jetzt anders sein soll. Was die finanzielle Beteiligung des Bundes betrifft, ist Sportminister HC Strache erstaunlich zurückhaltend. Finanz- und Sportlandesrat Anton Lang steht bislang auch auf der Bremse.

Innsbruck hat für die Olympia-Bewerbung bereits vor der Volksbefragung mehr als 700.000 Euro ausgegeben, zum einen für eine Machbarkeitsstudie, zum anderen für Promotionszwecke. Für die Bewerbung selbst waren 15 Millionen vorgesehen. Das gilt allgemein als unterste Grenze.

Bürgermeister Nagl meint, es sei möglich, mit 9 Millionen Euro Chancen auf den Zuschlag zu haben. Beim Ausbau des öffentlichen Verkehrs oder in der Sozialpolitik heißt es immer, die Stadt könne sich das alles nicht leisten. Für einen Mega-Event sollen aber offenbar keine Kosten gescheut werden. Laut – niedrig angesetzter – Prognosen sollen die Olympischen Spiele 1,2 Mrd. Euro kosten. Damit wären die

Ausgaben für das zweiwöchige Event höher als die gesamten Ausgaben der Stadt Graz in einem ganzen Jahr.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Welche Finanzierungsstrategien sind seitens der Stadt Graz vorgesehen, einerseits kurzfristig, um die Kosten für die Bewerbung der Stadt Graz als „Host City“ für Olympia aufzubringen, aber auch langfristig, um die Ausgaben für die Olympischen Spiele 2026 zu bestreiten?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

vor dem Nightrace in Schladming hat Bürgermeister Siegfried Nagl bekundet, dass sich Graz als „Host City“ für die Olympischen Winterspiele 2026 bewerben sollte. Es sollen Spiele „ohne Gigantomanie“ werden, wie immer wieder betont wird. Dass das möglich ist, muss bezweifelt werden. Auch Sie, Herr Dr. Riegler, meinten erst kürzlich, wir hätten keine freien budgetären Mittel für Olympia – auch nicht für eine Bewerbung. Daher verstehen Sie meine Verwunderung, warum das jetzt anders sein soll. Was die finanzielle Beteiligung des Bundes betrifft, ist Sportminister HC Strache erstaunlich zurückhaltend. Finanz- und Sportlandesrat Anton Lang steht bislang auch auf der Bremse.

Innsbruck hat für die Olympia-Bewerbung bereits vor der Volksbefragung mehr als 700.000 Euro ausgegeben, zum einen für eine Machbarkeitsstudie, zum anderen für Promotionszwecke. Für die Bewerbung selbst waren 15 Millionen vorgesehen. Das gilt allgemein als unterste Grenze.

Bürgermeister Nagl meint, es sei möglich, mit 9 Millionen Euro Chancen auf den Zuschlag zu haben. Beim Ausbau des öffentlichen Verkehrs oder in der Sozialpolitik heißt es immer, die Stadt könne sich das alles nicht leisten. Für einen Mega-Event sollen aber offenbar keine Kosten gescheut werden. Laut – niedrig angesetzter – Prognosen sollen die Olympischen Spiele 1,2 Mrd. Euro kosten. Damit wären die Ausgaben für das zweiwöchige Event höher als die gesamten Ausgaben der Stadt Graz in einem ganzen Jahr.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Welche Finanzierungsstrategien sind seitens der Stadt Graz vorgesehen, einerseits kurzfristig, um die Kosten für die Bewerbung der Stadt Graz als „Host City“ für Olympia aufzubringen, aber auch langfristig, um die Ausgaben für die Olympischen Spiele 2026 zu bestreiten?

StR. Dr. Riegler:

Liebe Frau Mag.^a Sahar Mohsenzada. Ich hätte eigentlich vermutet, dass ja bereits durch die ausführliche Berichterstattung des Herrn Bürgermeisters eigentlich eh das Meiste schon gesagt ist, möchte aber auf ein paar Aspekte jetzt doch eingehen. Weil Sie zunächst einmal schreiben, es hieße immer, die Stadt könne sich das alles nicht leisten. Ich weiß nicht, von wem Sie das gehört haben, von mir oder vom Herrn Bürgermeister haben Sie es jedenfalls nicht gehört. Wie Sie vielleicht gelesen und gehört haben, haben wir gerade erst am Montag ein 120 Mio.-Euro- Straßenbahnlinienerweiterungspaket verabschiedet, was wir heute auch noch im Gemeinderat haben werden und präsentieren, sodass man bei Gott nicht sagen kann, dass wir zuwenig tun würden für die Infrastruktur. Ich möchte Ihnen wie folgt antworten. Ich möchte Ihnen davon erzählen, ich möchte auf die Frage eingehen, die innewohnt Ihrer

Frage, nämlich die Frage, ob tatsächlich Großevents offenbar wirtschaftlich nachteilig sein sollen. Denn wenn Sie das nicht meinen würden, wenn Sie nicht der Meinung wären, sie wären wirtschaftlich nachteilig, dann müsste ja die Finanzierung eigentlich kein Thema sein, denn dann müssten Sie ja sagen, um Gottes Willen, das müssen wir unbedingt machen, damit es für Graz gut ist. Wenn Sie also tatsächlich der Meinung sind, es sei negativ für die Stadt, größere Veranstaltungen und größere Projekte zu starten, dann würde ich Sie doch einladen, wie es auch schon vorhin gesagt wurde, nicht nur einseitig nach irgendwelchen Negativdingen zu suchen, sondern andererseits auch durchaus zuzulassen, und es wird ja heute einen dringlichen Antrag geben, bei dem es darum geht, eben genau die Pros und Kontras zu sammeln, zuzulassen, dass es vielleicht auch positive Effekte geben könnte. Welche Effekte können das sein? Erstens einmal infrastrukturelle Vorzieheffekte. Meine Damen und Herren, wir können uns gar nicht leisten, nicht zu investieren. Du kannst nicht einen Ballungsraum mit 320.000 Einwohnern, mit einem Bundesligaverein im Fußball, mit Oper und Schauspielhaus managen, ohne dass du auch investierst. Daher denke ich, dass, es ist schon erwähnt worden, z.B. für die Messe, aber z.B. auch für die Sportstätten, aber auch für Wohnanlagen und insbesondere auch für den öffentlichen Verkehr durchaus Chancen bietet, wenn wir ein solches Projekt starten, dass wir dann auch tatsächlich Infrastrukturvorzieheffekte tätigen können, die wir ohnehin machen müssten. Denn, wie Sie ja nicht müde werden zu betonen, ist es eben enorm wichtig, in der Stadt mit dieser großen Einwohnerzahl, mit diesem großen Wachstum, Infrastruktur zu bauen. Ich möchte aber noch auf einen Aspekt eingehen. Graz ist eine der Topstädte weltweit, was Lebensqualität anbelangt. Diese Lebensqualität kommt daher, dass wir 60.000 Studierende haben, dass wir die Stadt sind mit der höchsten Akademikerquote und eine Stadt, die weltoffen ist, die zu Menschenrechten steht, die insbesondere aber auch eine hohe Lebensqualität in infrastrukturellen Dingen bietet, über Oper, über Kinderbetreuung, über Schulen, über Universitäten, über Bildung, über Forschungseinrichtungen, all das ist das Ergebnis einer langfristigen weitsichtigen Politik und diese langfristige weitsichtige Politik beinhaltet eben auch so große und bedeutende Projekte, die weithin sichtbar sind wie z.B. das Kulturhauptstadt Jahr, die

Special Olympics oder ein solches Olympia-Projekt. Insofern kann ich Ihnen sagen, wir werden sehr genau prüfen müssen, wir werden sehr genau und gut verhandeln müssen. Wir werden schauen müssen, dass wir möglichst viele Herzen öffnen. Was die Finanzierung betrifft, wird das IOC eine Rolle spielen und da wird Bund und Land eine Rolle spielen. Dann werden wir das schon schaffen und dann werden wir Ihnen berichten können, wie es weitergeht.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Mohsenzada:**

Wie sieht die Relation der Ausgaben für die Bewerbung für Olympia 2026 zur 5 %igen Budgetsperre aus, die laut Voranschlag der Stadt Graz bei Verhinderung einer negativen Budgetentwicklung in Graz dienen soll? Aber laut Finanzdirektion nur 1-2 Mio. € an Einsparungen bringen wird.

StR. **Riegler:**

Wie schon gesagt, es ist ohnedies noch nicht absehbar, wieviel exakt eine derartige Bewerbung und eine Überführung in einen echten Kandidatenstatus kosten wird. Wir werden uns das jetzt in den nächsten Wochen sehr genau ansehen. Es wird Konzepte geben, es wird Bewertungen geben und dann kann man Ihnen das beantworten. Im Moment kann ich nur sagen, wenn wir es allein stemmen müssten, wäre es sehr schwierig und wahrscheinlich undenkbar, aber es werden sehr viele positive Kräfte zusammengreifen müssen und da bitte ich eben auch um Ihre Unterstützung und nicht gleich sozusagen dagegen zu arbeiten. *(Appl. ÖVP und FPÖ)*

**3.2 Frage 2: Umweltzone Graz
(GR. Christoph Hötzl, FPÖ an Stadträtin Elke Kahr, KPÖ)**

GR. Hötzl:

Sehr geehrte Frau Stadträtin, es geht um Fahrverbotszonen in Graz. Seit Jahren geistern immer wieder – teils auch falsch zitierte – Forderungen nach Einführung von Fahrverbotszonen in oder auch rund um Graz durch die Medien. Da von Ihrer Seite auch bei diesem Thema leider wieder bis dato keine Stellungnahme zu vernehmen war, ist es nun für die Grazer Bevölkerung, vor allem aber für die Wirtschaftstreibenden in unserer Stadt, von großer Bedeutung, wie die Grazer Verkehrsstadträtin zu diesem nicht unwichtigen Thema steht. Stehen Sie für eine „kalte Enteignung“ aller Besitzer von älteren Dieselfahrzeugen? Stehen Sie dafür, dass die Wirtschaft mit immer weiteren Belastungen kämpfen muss, die teilweise sogar existenzbedrohend, mit einer Umweltzone, sein können? Stehen Sie für Bürger-Bevormundung? Stehen Sie für weitere Belastungen für Pendler? Oder aber stehen Sie für eine konstruktive Politik, die sämtliche Alternativen berücksichtigt, die die vorgenannten Nachteile nicht mit sich bringen würde. Vorschläge dazu gab es in der Vergangenheit – vor allem von den Freiheitlichen – zu Hauf.

Daher richte ich an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, folgende

Anfrage:

Können Sie aus Ihrer Sicht die Einführung einer Fahrverbotszone in Graz ausschließen bzw. welche Alternativen sind Ihrerseits angedacht, um das Problem Feinstaub (Individualverkehr, Berufsverkehr, Wirtschaftsverkehr) in den Griff zu bekommen?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Seit Jahren geistern immer wieder – teils auch falsch zitierte – Forderungen nach Einführung von Fahrverbotszonen in oder rund um Graz durch die Medien. Da von Ihrer Seite auch bei diesem Thema bis dato keine Stellungnahme zu vernehmen war, ist es nun für die Grazer Bevölkerung, vor allem aber für die Wirtschaftstreibenden in unserer Stadt, von großer Bedeutung, wie die Grazer Verkehrsstadträtin zu diesem Thema steht.

Stehen Sie für eine „kalte Enteignung“ aller Besitzer von älteren Dieselfahrzeugen?

Stehen Sie dafür, dass die Wirtschaft mit immer weiteren Belastungen kämpfen muss, die teilweise sogar existenzbedrohend sein können?

Stehen Sie für Bürger-Bevormundung?

Stehen Sie für weitere Belastungen für Pendler?

Oder aber stehen Sie für eine konstruktive Politik, die sämtliche Alternativen berücksichtigt, die die vorgenannten Nachteile nicht mit sich bringt. Vorschläge dazu gab es in der Vergangenheit – vor allem von den Freiheitlichen – zu Hauf.

Daher richte ich an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage

*gem. § 16a der GO des Gemeinderates
der Landeshauptstadt Graz:*

Können Sie aus Ihrer Sicht die Einführung einer Fahrverbotszone in Graz ausschließen bzw. welche Alternativen sind Ihrerseits angedacht, um das Problem Feinstaub (Individualverkehr, Berufsverkehr, Wirtschaftsverkehr) in den Griff zu bekommen?

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (13.35 Uhr).

StR.ⁱⁿ **Kahr:**

Sehr geehrter Herr Gemeinderat Hötzl. Es ist nicht richtig, dass es keine Stellungnahme zur Umweltzone oder zu anderen Fahrverbotsvorhaben von meiner Seite gegeben hat, ganz im Gegenteil. Das ist mehrmals letztes Jahr in der Öffentlichkeit, in den Medien auch gestanden. Ich wiederhole es aber gerne noch einmal. Und zwar gerade im Lichte des technologischen Fortschrittes bringt eine deutliche Verbesserung im Bereich der Schadstoffimmissionen von Motoren mit sich. Deshalb lehne ich eindeutig ein Fahrverbot für bestimmte Fahrzeugtypen ab. Das habe ich schon mehrmals gesagt, das ist auch der Grund, warum ich damals und auch heute gegen die Einführung einer Umweltzone bin. Das Gleiche gilt auch für die Einführung einer Citymaut. Beide Maßnahmen würden vor allem aus meiner Sicht sozial schwächere Gruppen treffen. Dennoch, sehr geehrter Herr Gemeinderat, ist natürlich das Thema Feinstaub ein wichtiges und ist auch im Zusammenhang mit dem Motorisierten Individualverkehr zu sehen und zu behandeln. Deshalb gibt es auch eine Arbeitsgruppe, die seit 2016 in Stadt und Land eingerichtet ist. Ausgehend und federführend ist hier das Umweltressort von Stadt und Land, das Verkehrsressort von der Stadt und Land ist hier ebenfalls eingebunden und wirkt hier mit. Im Frühjahr wird es dazu Ergebnisse geben, weil der Herr Landesrat Lang diesbezüglich auch eine Variantenstudie beim Bundesumweltamt in Auftrag gegeben hat. Das habe ich hier übrigens auch schon einmal in einer Anfragebeantwortung gesagt. Wenn diese Studie vorliegt, dann muss die Politik die entsprechenden Schlüsse ziehen und auch eine Entscheidung treffen. Ich persönlich habe mich, wie Sie vielleicht auch gelesen haben, mehrmals dazu geäußert, dass ich mir vorstellen könnte als Sofortmaßnahme autofreie Tage. So wie öfter schon gesagt. Wichtig ist aber vor allem, und wir haben ja heute erfreuliche Gemeinderatsstücke, was die Angebotsverbesserung bezüglich dem öffentlichen Verkehr, betrifft auf der Tagesordnung, das ist aus meiner Sicht die wirksamste und notwendigste Maßnahme, um zu einer Reduktion letztendlich auch des Feinstaubes zu kommen, damit die Leute auch die Möglichkeit haben, auf ein gutes öffentliches Verkehrsnetz umzusteigen. Deshalb würde ich ihre Fraktion und Sie vor allem auch bitten, diese Entwicklungen und auch unsere Ziele an Maßnahmen, die wir im

Mobilitätskonzept 2020 auch formuliert haben, nicht zu behindern oder zu verwässern, wie das leider oft im Verkehrsausschuss der Fall ist, sondern ich bitte Sie anzusagen, diese Maßnahmen schrittweise auch in diese Richtung zu unterstützen, damit wir in Graz eine umwelt- und sozialverträgliche Mobilität entwickeln können.

GR. Hötzl:

Eine Zusatzfrage gibt es schon. Sie sagen Sie haben vor über einem Jahr ein Statement abgegeben, wie sie dazu stehen, aber da waren Sie noch Wohnungsstadträtin. Ich weiß schon, sie reden auch heute noch gerne über Wohnungen obwohl Sie Verkehrsstadträtin sind und damals offenbar, mir ist es entgangen, tut mir leid, haben Sie über Verkehrsthemen geredet, wo sie noch Wohnungsstadträtin waren, aber sei es dahingestellt, ok. Ich nehme zur Kenntnis, Sie wollen autofreie Tage einführen. Das wäre so Ihre eigene Idee. Den Ausbau des öffentlichen Verkehrs wollen Sie vorantreiben. Da ist diese Woche eh von Mario Eustacchio und Bürgermeister Nagl präsentiert worden, was da weitergehen wird und was da Förderungen vom Land abgeholt werden können, das ist gut ausgehandelt worden. Aber meine Frage hat eigentlich abgezielt, ob Sie eigene Ideen haben oder Sie sagen, na gut, ich warte auf Gutachten, ich warte auf Beamtenmeinungen und das setzen wir dann halt um. Aber wie Sie wirklich persönlich dazu stehen, autofreie Tage, das ist wirklich die Antwort?

StR.ⁱⁿ Kahr:

Ich habe gedacht, dass ich Ihnen das beantwortet habe. Im Übrigen werde ich mich auch künftig hin zu allen, weil wir sind immerhin zweitstärkste Fraktion, zu verschiedensten politischen Themen immer äußern. Das steht mir auch durchaus als Parteibefrau meiner Fraktion zu und natürlich selbstverständlich auch zum Thema Wohnen, weil das notwendig ist, weil da hört man sonst von eurer Fraktion insgesamt, was die Entwicklung von den Wohnkosten betrifft, sehr wenig. Und ich habe mich aber auch als Wohnungsstadträtin auch in meiner Funktion sehr oft zu verkehrspolitischen

Themen geäußert und habe damals schon gesagt, dass eine Maßnahme zur Bekämpfung des Feinstaubes ich in einer Befristung von den autofreien Tagen sehen würde und das habe ich auch letztes Jahr, das war mehrmals zu lesen, aber das werfe ich Ihnen nicht vor, weil man kann nicht jeden Tag Zeitung lesen und was da überall steht, das ist ja in Ordnung, aber das habe ich mehrmals geäußert. Dazu stehe ich auch. Nicht, und das betone ich jetzt auch noch einmal, damit wir uns da nicht missverstehen und Sie das auch für die Hinkunft wissen, ich bin nicht gegen Citymaut-Einführung und auch gegen Umweltzonen, was Verbote von Fahrzeugtypen betrifft.

**3.3 Frage 3: Sportgeräte für Menschen mit Behinderung
(GR.ⁱⁿ Bedrana Ribo, MA, Grüne an Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA, ÖVP)**

GR.ⁱⁿ **Ribo:**

Liebe Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie. Sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Kurt. In meiner heutigen Frage geht es eben um Sportgeräte für Menschen mit Behinderung. Die Stadt Graz hat im Jahr 2014 im Gemeinderat den „kommunalen Aktionsplan der Stadt Graz zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte für Menschen mit Behinderung“ beschlossen. Dieser Beschluss war und ist ein klares Bekenntnis zu einer barrierefreien Stadt. Einiges davon, oder vieles, wurde schon erfolgreich umgesetzt und natürlich gibt es noch Ziele, die zu erreichen sind und daran arbeiten wir alle zusammen. Viele Menschen im Rollstuhl sind sportlich aktiv. Du, als jemand, der aus dem Behindertenbereich kommt, weißt das ja auch. Es ist bereits so, dass sehr viele Fitnesscenter auch auf die Idee gekommen sind oder auch diesen Trend erkannt haben, und haben ihre Fitnessgeräte so ausgestattet, dass auch Menschen mit Behinderung dort trainieren können. Wie wir aber alle wissen, ist es aber so, dass wenn man in einem Fitnesscenter trainiert, man auch dafür etwas zahlen muss, meistens ist es gar nicht so wenig und dass es eben nicht für jeden leistbar ist. Du hast da bereits gute Arbeit geleistet im Augarten, im Volksgarten, aber auch an der

Mur gibt es Fitnessgeräte, die so genannten Street-Work-Out-Plätze, die frei zur Verfügung stehen. Die sind leider eben nicht für Menschen im Rollstuhl geeignet. In einer Sitzung im Behindertenbeirat habe ich mich kurz mit einem Betroffenen unterhalten und er hat mir eben von dieser Idee bzw. davon erzählt, dass es in anderen Städten bereits Fitnessgeräte im öffentlichen Raum gibt, wo man frei trainieren kann, wie z.B. in Toronto und oder in St. Petersburg und hat eben angeregt, ob es möglich wäre, auch in Graz so etwas hinzustellen.

Wir würden uns darüber freuen, wenn man dieses Beispiel aufgreift und auch in Graz für die Aufstellung solcher Fitnessgeräte sorgt. Wo welche Geräte dann aufgestellt werden, wird natürlich in Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeirat und mit dem Sportamt entschieden werden.

Daher stelle ich an dich folgende

Frage:

Bist du bereit, in Kooperation mit dem Behindertenbeirat der Stadt Graz entsprechende Schritte zu setzen, um dem Beispiel anderer Städte folgend Fitnessgeräte für RollstuhlfahrerInnen im öffentlichen Raum zu ermöglichen?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Kurt,

die Stadt Graz hat im Jahr 2014 im Gemeinderat den „kommunalen Aktionsplan der Stadt Graz zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte für Menschen mit Behinderung“ beschlossen. Dieser Beschluss ist ein klares Bekenntnis zu einer barrierefreien Stadt. Einiges wurde schon umgesetzt, aber wir sind noch lange nicht am Ziel.

Viele Menschen im Rollstuhl sind sportlich und sehr aktiv. Das haben mittlerweile auch Fitnesscenter erkannt und sind mit Geräten ausgestattet, die auf die Bedürfnisse von Menschen im Rollstuhl zugeschnitten sind. Tatsache ist aber auch, dass die

Mitgliedsbeiträge nicht für jede und jeden erschwinglich sind. Im Augarten, im Volksgarten und auch an der Mur gibt es bereits Fitnessgeräte, die frei zur Verfügung stehen, diese sind jedoch für Menschen im Rollstuhl nicht geeignet.

In einer Sitzung des Behindertenbeirates der Stadt Graz berichtete ein Betroffener von der Möglichkeit für Menschen mit Behinderung, im öffentlichen Raum zu trainieren und regte dies auch für Graz an. Beispiele für die Umsetzung dieser Idee finden sich in Toronto und in St. Petersburg, wo es Fitnessgeräte in Parks gibt, die für das Training von RollstuhlfahrerInnen konzipiert wurden.

Wir Grüne würden uns sehr freuen, wenn die Stadt Graz diese Beispiele aufgreift und die Aufstellung solcher Fitnessgeräte an geeigneten Plätzen ermöglicht. Welche Geräte konkret angeschafft und wo sie aufgestellt werden, sollte natürlich in Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeirat der Stadt erarbeitet und entschieden werden.

Daher stelle ich an dich folgende Frage:

Bist du bereit, in Kooperation mit dem Behindertenbeirat der Stadt Graz entsprechende Schritte zu setzen, um dem Beispiel anderer Städte folgend Fitnessgeräte für RollstuhlfahrerInnen im öffentlichen Raum zu ermöglichen?

StR. Hohensinner MBA:

Liebe Bedrana. Die barrierefreie Benützung von Sportanlagen ist mir ein großes Anliegen. Es ist auch ein großes Anliegen des Sportamtes und auch ein Anliegen von Gerhard Peinhaupt. Wir haben in der Vergangenheit hier zwei Zielsetzungen gehabt. Zum einen, dass wir die Bezirkssportplätze barrierefrei ausgestalten, immer dann, wenn wir ganz intensiv eine Sanierung durchführen und das zweite Ziel ist, wenn wir eine neue Sportinfrastruktur schaffen wie die Hüttenbrennergasse, die Blue Box, die Black Box oder andere neue Projekte, dass wir hier mit dem Behindertenbeirat, aber auch mit dem Amt für Barrierefreies Bauen ganz eng zusammenarbeiten. Aber zu

deinem konkreten Anliegen, wo es darum geht, Fitnessgeräte, die in der Öffentlichkeit benützlich sind, so wie die Street-work-out-parks barrierefrei zu machen. Ich war vor einigen Monaten beim Mosaik. Da gibt es eine Gruppe von Selbstvertretern und die haben mir eben auch genau solche Aufträge mitgegeben. Sie haben gesagt, dass es ein großes Anliegen ist, dass man einmal an Fitnessstudios herantritt und schaut, dass auch dort kommerzielle Angebote geschaffen werden, das ist gar nicht so aufwendig. Da gibt es, wie du auch beschrieben hast, kleine Geräte, wie Handräder, wo man einfach den Oberkörper stärken kann und ich habe schon mit einigen Betreibern gesprochen. Es gibt welche, die solche Geräte haben, aber andere werden auch hier noch nachrüsten. Das ist ja auch ein neues Zielpublikum, was ein Betreiber hier ansprechen kann und das andere Anliegen war eben in der Öffentlichkeit, dass man solche Geräte umsetzt und da haben wir konkret vor, im Augarten ein Gerät zusätzlich zu installieren. Ich möchte nur kurz zur Verteidigung sagen, Behinderungen sind verschieden. Das heißt, nicht jeder Rollstuhlfahrer hat die gleiche Beeinträchtigung und die Geräte und im Augarten sind zum Teil nutzbar, nämlich für jene Rollstuhlfahrer, die sich aus eigener Kraft aus dem Rollstuhl auf das Gerät bewegen können. Aber ich weiß schon, was du meinst. Es sind die Geräte, die unterfahrbar sind und da werden wir einen Versuch im Augarten starten. Das heißt, ein klares Ja für dein Anliegen und es geht weiter, wir sind bereits in der Umsetzung.

GRin. Ribo:

Keine Zusatzfrage, einfach ein Danke und wie gesagt, ich habe insgeheim gehofft, dass diese Antwort kommt, weil ich weiß, dass du in diesem Bereich eh schon einiges umgesetzt hast bzw. noch umsetzen wirst. Danke, super, freut mich.

GR. Hötzl verlässt um 13.45 Uhr den Gemeinderatssitzungssaal und ist aus beruflichen Gründen entschuldigt.

**3.4 Frage 4: Raumkapazitäten für geplante Deutschklassen
(GRⁱⁿ Mag.^a Alexandra Marak-Fischer, SPÖ an Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA,
ÖVP)**

GRⁱⁿ Marak-Fischer:

Sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung, geschätzte Zuhörer und Zuhörerinnen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Meine Frage bezieht sich auf die von der Bundesregierung geplanten Deutschklassen. Sie sind ja in den Medien in den letzten Wochen auf und ab diskutiert worden und ich würde auch ganz gern, abgesehen vom allgemeinen Aspekt hier auch den Aspekt unserer Stadt und der Konsequenzen, die daraus zu ziehen sind, ansprechen. Die geplanten Deutschklassen sehen ja eine Sprachförderung im Ausmaß von 15 Stunden pro Gruppe vor, was grundsätzlich natürlich zu begrüßen ist, weil Sprachdefizite im Kinderalter natürlich unbedingt möglichst bald auch behoben werden sollen, und im Übrigen nicht nur für Migranten und Migrantinnen, sondern auch für hier geborene Kinder ist es wichtig, möglichst gut Deutsch zu können, deswegen ist Sprachförderung ein wesentliches Anliegen und eine Ausweitung auch durchaus zu begrüßen. Deswegen hat auch Ministerin Hammerschmid bereits jetzt Sprachfördergruppen eingerichtet und zwar von elf Wochenstunden, das heißt, es wäre eine Erweiterung, was auch durchaus ein Positivum ist. Im Unterschied zum jetzigen Modell von Ministerin Hammerschmid ist jetzt aber vorgesehen, die Kinder in dieser Zeit wirklich aus der Klasse herauszuholen, damit auch aus diesem integrativen inklusiven Aspekt völlig aufzuheben, die Kinder zu trennen von den Deutsch sprechenden Kindern und das wird von Experten und Expertinnen auch ganz stark kritisiert und ich muss sagen, ich bin da selbst auch sehr skeptisch. Wenn man mit Direktoren und Direktorinnen oder Lehrern und Lehrerinnen spricht, dann sind viele der Meinung, dass es besser wäre, diese zusätzliche Förderung in der größten Zeit in der Klasse zu haben bzw. auch schulautonom und flexibel darauf zu reagieren und vielleicht ein paar Stunden extra und den Hauptteil gemeinsam, das hat auch den Vorteil, dass zwei Lehrerinnen oder Lehrer dann auch in der Klasse stehen können. Die Frage, die sich jetzt aber stellt, wenn es sich tatsächlich um Deutschklassen handelt und Klassen sind, wie wir wissen, für bis zu 25 Kinder nach

dem derzeitigen Schulrecht auch so definiert, dann stellt sich für mich wirklich die Frage, was bedeutet das räumlich für unsere Stadt, denn es gibt Gegenden, wo viele Kinder mit noch nicht ausreichenden Deutschkenntnissen in den Volksschulen sind. Es heißt, es werden dort wahrscheinlich auch sehr leicht die Höchstschülerzahlen erreicht werden und das würde pro Volksschule sicher zwischen ein und vier neue Klassenräume bedeuten und nachdem wir jetzt schon die Herausforderung haben, die du ja auch schon erfreulicherweise durchaus auch angehst, nämlich zusätzlichen Schulraum zu schaffen, möglicherweise noch weiter belasten. Daher meine

Frage:

an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, wie wirst du sicherstellen, dass an allen Grazer Pflichtschulen die erforderlichen Raumkapazitäten für die von der Bundesregierung geplanten sogenannten Deutschklassen vorhanden sind. Da bereits schon jetzt Raumknappheit und enormer Ausbaubedarf besteht.

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat! Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

Frage:

Wie wirst du sicherstellen, dass an allen Grazer Pflichtschulen die erforderlichen Raumkapazitäten für die von der Bundesregierung geplanten sogenannten „Deutschklassen“ vorhanden sind, da bereits jetzt teilweise Raumknappheit und enormer Ausbaubedarf besteht?

StR. **Hohensinner**, MSc:

Liebe Frau Gemeinderätin, liebe Alexandra. Ich begrüße ausdrücklich die Neuerung der Deutschförderklassen. Dieses Thema wird sehr polarisierend diskutiert. Nämlich, wie du jetzt angemerkt hast, fördert man die Kinder in der Klasse oder außerhalb der Klasse. Aus meiner Sicht ist die Förderung natürlich in der Klasse eine sehr gute und eine sehr integrative, aber die Voraussetzung ist, dass es nicht allzu viele Kinder betreffen darf. Das heißt, wenn in einer Klasse eine gewisse Anzahl an Kinder mit A.O.-Status überschritten ist, brauchen wir neue Systeme. Genau diese neuen Systeme werden jetzt geschaffen. Der Plan ist ambitioniert, aber schaffbar aus meiner Sicht. Die Deutschförderklassen, das hast du selbst beschrieben, bringen a) mehr Ressourcen, b) einheitliche Standards und c) ist das Modell sehr durchlässig. Das heißt, wenn ein Kind deutschfit ist, kann das Kind nach einem Semester auch wechseln. Du hast es angesprochen, bis jetzt hat es auch Förderung in der Gruppe gegeben. Früher war es so, dass wenn 8 Kinder mit A.O.-Status da waren, hat es 11 Stunden zusätzlich gegeben, jetzt ist das runter argumentiert worden auf 6 Kinder und bei 6 Kindern kommen 15 zusätzliche Lehrerstunden zusammen.

Die Umsetzung haben wir jetzt folgendermaßen aufgezogen, indem wir die Abteilung gebeten haben anhand der Zahlen vom Schuljahr 2017/18, da haben wir ja alle A.O.-Zahlen, einmal durchzurechnen, was das für die Grazer Schulen bedeutet. Es sind hier 90 % der Pflichtschulen betroffen, vielleicht aus deiner Sicht, aus meiner Sicht werden 90 % der Schulen zusätzliche Ressourcen bekommen. Es ist natürlich eine Challenge, wir schauen uns an, wenn wir Gruppenräume verwenden dürfen. Weil es ist immer die Frage, müssen diese Deutschförderklassen wirklich in Klassen Unterrichtet werden, oder kann man das auch in Gruppenräumen machen? Wenn das in Gruppenräumen auch möglich ist, dann wird es sehr wohl umsetzbar sein. Wir haben in den Pflichtschulen auch die GTS-Räumlichkeiten, aber da ist auch die Landesrätin Lackner zuständig, diese Räumlichkeiten für die Deutschförderklassen auch freizugeben, das heißt, ich lade dich ein, dass wir gemeinsam hier auch zu deiner Landesrätin gehen und schauen, dass wir die GTS Räumlichkeiten auch für Deutschfördermaßnahmen nutzen können. Ich gebe dir ein Beispiel, an dem du sehen wirst, es ist sehr wohl möglich.

Nehmen wir eine Volksschule her, mit vier Klassen. Also pro Jahrgang eine Klasse und in jeder Klasse sind 6 Kinder mit A.O.-Status. Da würde man auf 24 kommen. Das heißt, man hätte drei „Regelklassen“ und eine Deutschförderklasse. Das wäre natürlich optimal, dann könnte man das im Klassenverband so einfach umsetzen. Natürlich wird es nicht immer so gehen. Wir werden auf Gruppenräume und auf GTS-Räume zurückgreifen müssen. Meine Bitte ist, wie bei allen Vorhaben der Bundesregierung, die ambitioniert sind, die im Sinne der Kinder aufgezogen sind, warten wir ab, bis wir die ganzen Vorgaben haben. Ich bin mit der Abteilung dahinter, damit wir das auch möglichst gut umsetzen und schauen wir, dass wir solche Maßnahmen auch ermöglichen. Ich habe aus deiner Wortmeldung auch herausgehört, dass du grundsätzlich auch dafür bist. Dafür möchte ich mich bedanken und freue mich.

Marak-Fischer:

Vorausschickend eine Bemerkung noch dazu, du sprichst von Idealzahlen, 6 Kinder pro Klasse. Jetzt wissen wir alle, es gibt Standorte mit 20 Kindern und es gibt Standorte mit 2-3 Kindern. Heißt das jetzt, dass die Standorte, die vielleicht unter 6 Kinder haben, dass diese Kinder möglicherweise durch die Stadt in einen Stadtbezirk fahren müssen, um optimale Deutschförderung zu bekommen, wo bereits mehr Kinder mit einem A.O.-Status sind? Das würde nämlich zwangsläufig dazu führen, dass es eben weniger zu Integration und Vermischung auch der unterschiedlichen Kulturen und Sprachständen kommt, sondern das würde wiederum dazu führen, dass es in bestimmten Bezirken verstärkt Kinder gibt, die noch weniger gut Deutsch sprechen und andere Bezirke, nämlich mangels Förderung schlicht und ergreifend dann kaum mehr. Volksschülerinnen und Volksschüler haben mit schlechten Deutschkenntnissen und was sozusagen meine Zusatzfrage ist:

Was gedenkst du zu tun, dass das verhindert wird?

StR. Hohensinner:

Ich habe natürlich auch schon Kontakt mit dem Bundesministerium aufgenommen und hab meine aktive Mitarbeit angeboten, weil wir doch die zweitgrößte Stadt in Österreich sind und ganz klar Herausforderungen haben, was die Deutschförderung betrifft. Aber noch einmal, du pickst da jetzt Beispiele heraus, wo man sagt, ja das könnte Probleme machen. Was ich herausgefunden habe ist, dass wir altersübergreifend arbeiten können. Das heißt, es ist nicht so, dass wir pro Jahrgang dann eine Klasse einführen, sondern das ist auch schulstufenübergreifend und hier kann man dann die Klassen auch gut zusammenfassen. Was natürlich nicht geht ist, dass man in ganz Graz die Kinder herumführt. Das geht auch nicht. In der normalen Aufteilung der Kinder mit Deutschförderbedarf, was ich euch auch schon öfters erklärt habe. Das geht einfach nicht, das wäre in der Organisation nicht umsetzbar. Du kannst dich darauf verlassen, dass wir im ständigen Austausch dieses Modell sehr gut umsetzen werden.

**3.5 Frage 5: Leihfahrrad-System in Graz
(GR. Niko Swatek, Bsc, Neos an Stadträtin Elke Kahr, KPÖ)**

GR. Swatek:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Sehr geehrte Damen und Herren auf der Zuschauertribüne, sehr geehrte Frau Stadträtin Kahr.

Fahrradleihsysteme scheinen in Graz ein oft diskutiertes Thema zu sein. 2012 entschied sich die Stadt dazu, den Radverleih "Graz-Bike" einzuführen. Heute umfasst dieser Verleih über 190 Leihräder in 11 Verleihstellen. Doch seit der Einführung scheint dieses System nicht unumstritten zu sein. Startete es anfangs mit noch 14 Verleihstellen und am Anfang war auch von geringen Buchungsanzahlen die Rede. 2013 kam es von Holding-Vorstand Malik zur Ankündigung, dass ein neues Fahrradleihsystem eingeführt werden sollte. Nach dem Vorbild des Wiener

“Citybikes”. Ein Projekt, das, wie wir mittlerweile wissen, weil da 30 Stationen angekündigt wurden, und wenn wir heute durch die Stadt gehen und diese Stationen nicht sehen, scheinbar nie realisiert wurde. Doch Graz scheint für die Verwendung von Fahrrädern prädestiniert zu sein. Das kam auch in der Mobilitätserhebung 2013 heraus. Wir wissen, dass die meisten Wege innerhalb der Stadt jeweils 3 km lang sind, fast die gleiche Strecke wird im Durchschnitt zurückgelegt. Zusätzlich kommt noch hinzu, dass wir mit Fahrrädern schneller unterwegs sind auf dieser Distanz als mit dem motorisierten Individualverkehr. Daher würde ich es für gut erachten, wenn wir mehr in Radausbau investieren würden und würde mich über ein funktionierendes und möglicherweise neues Radverleihsystem in der Stadt freuen und stelle daher die

Frage:

Ist Ihrerseits ein Ausbau oder Reformen bezüglich des Grazer Leihfahrrad-Angebotes geplant?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Stadträtin Kahr, Fahrradleihsysteme scheinen in Graz ein oft diskutiertes Thema zu sein. 2012 wurde in Graz der Radverleih “Graz-Bike” eingeführt. Heute umfasst dieser Service über 190 Leihräder in 11 Verleihstellen. Doch seit der Einführung ist dieses System nicht unumstritten. Startete es anfangs mit noch 14 Verleihstellen (heute 11) und einer geringen Buchungsanzahl.

2013 kam es von Holding-Vorstand Malik zur Ankündigung eines neuen Fahrradleihsystem in Graz. Dieses sollte nach dem Wiener Vorbild “Citybike” aufgebaut sein und rund 30 zentrumsnahen “Citybike”-Stationen umfassen. Ein Projekt, welches scheinbar nicht realisiert wurde.

Doch Graz scheint für die Verwendung von Fahrrädern prädestiniert zu sein. Ein Drittel der in Graz zurückgelegten Wege sind kürzer als 3 Kilometer. Eine Distanz, die mit dem Fahrrad problemlos zurückgelegt werden könnte und bei der man im Vergleich zum

motorisierten Individualverkehr sogar schneller vorankommen würde (Bei einer Tür-zu-Tür-Geschwindigkeit von 11 km/h des MIV im Vergleich zu 12 km/h beim Rad3). Umstände, die laut Mobilitätserhebung 2013 ein Potenzial für den Umstieg vom PKW auf das Fahrrad ermöglichen.

Frage:

Ist Ihrerseits ein Ausbau oder Reformen bezüglich des Grazer Leihfahrrad-Angebotes geplant?

StRⁱⁿ **Kahr**: Lieber Herr Gemeinderat, besten Dank für diese Anfrage, weil ich glaube, dass sie als Zwischenstand einmal notwendig ist, im Gemeinderat darüber zu informieren. Sie haben völlig richtig gesagt, dass das Graz Bike 2012, das war damals noch die Kollegin Rücker, die den Versuch gestartet hat, hier ein Verleihsystem zu implementieren. Es ist eigentlich so gesehen eine Buchungsplattform gewesen, die genauso wie Sie es angesprochen haben, aber nicht wunschgemäß, wie Sie es angesprochen haben, in die Gänge gekommen ist. Pläne für ein stationsgebundenes Leihradsystem so wie in Wien scheiterten dann an unterschiedlichen Vorstellungen über die Situierung der Standorte und Standplätze, deren Möblierung und werbemäßigen Ausgestaltung. Das ist so zur Geschichte. Wie ich dann letztes Jahr das Verkehrsressort übernommen habe, ist die Firma O-Bike an uns herangetreten und an das Verkehrsplanungsamt, Straßenamt und auch an mein Büro mit der Absicht, das Free Floating-System einzuführen und einzurichten. Nachdem ich grundsätzlich derselben Meinungen bin, wie Sie das angesprochen haben, dass es hier so ein Angebot in der Stadt Graz braucht und das eine Möglichkeit ist, sozusagen wenig Mittel in die Hand zu nehmen und so ein Angebot zu geben, haben wir das einmal prinzipiell begrüßt. Deshalb auch in Abstimmung mit unseren Ämtern, vor allem dem Straßenamt, und unter Berücksichtigung vor allem, und das war mir persönlich wichtig, der Erfahrungen von Städten, wo es dieses System schon gibt, ganz konkrete

Rahmenbedingungen festzulegen, unter welchen Voraussetzungen so etwas stattfinden kann. Dieser Entwurf ist fertig, den hat auch O-Bike erhalten. Es müsste eigentlich in den nächsten Wochen diesbezüglich eine Rückmeldung kommen. Wichtig ist uns, dass wenn es die Entscheidung hier im Haus, dann wenn es so weit fertig ist, für so ein System fallen könnte, dass es hier eine Befristung gibt, das ist ganz wichtig, dass man sich das einmal ansieht, funktioniert das auch, dass es auch maximale Anzahl an Stellplätzen gibt, dass es ein Beschwerdemanagement gibt, das ein Rücktransport und Verteilung der Räder auf ausgewiesenen Standorten, dass es ein Nutzungsendgeld und auch eine Konventionalstrafe, wenn es zu Schwierigkeiten kommt, beinhaltet. Sobald wir diesbezüglich die Rückmeldung haben, werden wir die entsprechenden Gremien, Verkehrsausschuss und auch den Stadtsenat, sollte es Unterstützung finden, dann befassen.

GR. Swatek:

Danke für die Fragebeantwortung. Ich bin schon sehr gespannt, wie Sie auf die Probleme in Bezug auf Free-Floating eingehen werden in Ihrem Konzept und was ich noch gerne wissen möchte, sind jetzt Ihrerseits konkrete Zeiträume geplant, bis wann das in Graz verwirklicht werden sollte?

Kahr:

Wenn es nach O-Bike gegangen wäre, dann wäre das schon letztes Jahr im Sommer gewesen. Aber wie du richtig angesprochen hast, weil es da ja Probleme gegeben hat, war ich bewusst darauf aus mit meinen Kollegen im Straßenamt, einen genauen Rahmenvertrag auch auszuarbeiten, der genau beinhaltet, unter welchen Bedingungen so etwas bei uns stattfinden kann, damit es eben nicht wie in anderen Städten zu solchen Problemen kommt. Bei allem, was positiv ist, gibt es da eben sehr viele negative Begleiterscheinungen und dieses Rahmenkonzept und übrigens auch viele andere Städte schon von uns aus angefordert, weil sie selbst da zuwenig Erfahrung

gehabt haben und eigentlich dankbar und froh waren, dass es hier solch genaue Überlegungen gegeben hat. Deshalb hat sich das jetzt auch ein halbes Jahr dahingezogen und wie gesagt, sobald wird die Rückmeldung von O-Bike haben, werden wir die entsprechenden Gremien und euch informieren.

**3.6 Frage 6: Projekte für die Grazer Verkehrsinfrastruktur durch Olympische Winterspiele 2026
(GR. Thomas Rajakovics, ÖVP an Stadträtin Elke Kahr, KPÖ)**

GR. Rajakovics:

Durch das Verlesen der Überschrift ist die Frage quasi schon gestellt. Nur noch zwei Sätze als Anmerkung. Sehr geehrte Frau Stadträtin, liebe Elke. Der Herr Bürgermeister hat ja heute recht ausführlich in den Mitteilungen die Beweggründe und die Hintergründe zu Olympia und Möglichkeiten, die Olympia bietet, dargelegt. Mir ist aufgefallen, dass ja eine sehr ähnliche Mitteilung bereits vor 14 Tage im Stadtsenat stattgefunden hat. Seitens der KPÖ, aber vor allem auch seitens der Landes-KPÖ, aber auch seitens der Gemeinderatsfraktion, es sehr stark mit Olympia usw. argumentiert wurde und ausschließlich auf Aspekte eingegangen wurde, die, woher auch immer, irgendwelche Zahlen nehmen, die sagen: „Olympia das bringt alles nichts.“ Wo doch, und wenn man sich das ein wenig genauer ansieht und das kommt ja auch gerade bei den Argumentationen dann vor, Olympia ist teuer. Olympia ist teuer deshalb, weil sehr viele Städte und Gemeinden ganz viel in die Infrastruktur und vor allem in die Verkehrsinfrastruktur investiert haben. Daher hätte es mich gefreut, wenn du zumindest ein paar Aspekte für dich gefunden hättest, die auch den öffentlichen Verkehr und die Chancen des öffentlichen Verkehrs in den Mittelpunkt stellen und deshalb meine

Frage,

Welche Infrastrukturprojekte im Bereich des öffentlichen Verkehrs könnten aus Deiner Sicht durch die Ausrichtung der olympischen Winterspiele Graz / Austria 2026 verwirklicht werden?

Originaltext der Frage:

Heute stelle ich an dich, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin, folgende

Frage:

„Welche Infrastrukturprojekte im Bereich des öffentlichen Verkehrs könnten aus Deiner Sicht durch die Ausrichtung der olympischen Winterspiele Graz / Austria 2026 verwirklicht werden?“

StRⁱⁿ Kahr:

Lieber Gemeinderat, lieber Thomas. Ich möchte überhaupt nicht polemisch werden, aber eines ist schon klar, dass diese Frage, die du jetzt an mich gestellt hast, bedeuten würde, dass ich sozusagen auch für die Aufstellung der finanziellen Mittel für Großprojekte für den ÖV sozusagen geschäftsordnungsmäßig auch übertragen bekommen hätte. Wie du weißt, ist das nicht der Fall. Insofern könnte ich es mir leicht machen, dass ich sag, das musst du den Bürgermeister fragen, was Vorhaben und Planungen betrifft, aber ich möchte dir trotzdem antworten.

In der Form, dass diese Frage dir heute weder der Herr Bürgermeister, noch der Finanzstadtrat in Wirklichkeit beantworten hat können. Wenn du genau aufgepasst hast, haben beide gesagt, warten wir einmal ab, bis alle konkreten Fakten auf dem Tisch sind und zwar Fakten, wer ein Geld in die Hand nimmt wirklich, um sozusagen Olympia überhaupt zu verwirklichen, sollte es dazu überhaupt kommen. Weder der Bund, noch vom Land und auch wir wissen noch nicht genau, es ist heute gesagt worden, was das kosten wird. Wenn das auf dem Tisch liegt, dann ist deine Frage durchaus berechtigt und dann kann man auch eine Antwort geben, was man mit

diesem Geld an ÖV-Maßnahmen und Angebotsverbesserungen, die ich persönlich vor allem für die Grazer und Grazerinnen sehe und nicht für ein 14-tägiges Olympia-Event, wenn man so sagen darf, weil die Grazerinnen und Grazer brauchen in allen Stadtteilen ein gutes Angebot an ÖV und nicht nur sozusagen das im Zusammenhang mit Olympia der weiten Wege, weil da ist auf jeden Fall, weil wie du es ja selbst richtig angesprochen hast, da ist eine riesige logistische Herausforderung, aber wie gesagt, diese Antwort kann man dann geben, wenn alles auf dem Tisch liegt.

GR. Rajakovics:

Ich habe natürlich die Frage mit Absicht so gestellt, was könntest du dir vorstellen, nicht, was wirst du umsetzen, wenn Olympia kommt. Denn ich denke mir, gerade als Verkehrsreferentin hat man eine gewisse Vorstellung davon, welche Infrastruktur gerade aus eurer Sicht neben den von uns heute demnächst zu beschließenden Ausbauten des öffentlichen Verkehrs an wichtigen Dingen sind von denen du ausgehst, dass wenn nicht Bund und Land mitfinanzieren und egal wer es dann ausverhandelt, aber wenn nicht Bund und Land mitfinanzieren, welche so ja nicht umsetzbar wären, die aber gerade wenn auch der Blick der Öffentlichkeit, vor allem auch der Gebietskörperschaften auf Graz gerichtet werden, und das war in Innsbruck in den 70-iger Jahren so, das ist in jeder Stadt so, dass das letztlich ein nationales Anliegen ist, eine Stadt so auszustatten, dass sie auch, gerade was die Verkehrswege betrifft, besonders gut dasteht.

Deshalb war meine Frage, gibt es Projekte, wo du sagst, z.B. man könnte eine Seilbahn bauen oder dann könnten wir eine Minimetro bauen (*allgem. Gelächter*), oder dann würde ich mir wünschen, dass wir zwei Unterführungen mehr bekommen. Gibt es Projekte, wo du sagst, das könnte eigentlich durch eine Olympiabewerbung tatsächlich beschleunigt werden, weil wir so im größeren Stil Geld für den öffentlichen Nahverkehr bekommen? Wir sind froh, dass wir das Land einmal an Bord haben und dass sie 48 Mio. dazuzahlen ist erfreulich, aber ist natürlich bei einem 4-Mrd.-Budget auch nicht so, dass man sagt, noch dazu 15 Jahre, da haben wir schon den Zenit

erreicht, der denkbar ist, da ist ja noch vieles möglich und ich denke mir, du wirst ja als Verkehrsreferent ein paar Sachen haben, wo du sagst, das wäre es, wo ich mir denke, das könnte man umsetzen.

StRⁱⁿ **Kahr**: Selbstverständlich wünsche ich mir und ich freue mich, dass heute diese Stücke auf der Tagesordnung sind, dass die drei Straßenbahnausbauprojekte jetzt auch vom Land unterstützt werden und darüber hinaus ist es notwendig natürlich, weitere Straßenbahnprojekte umzusetzen. Das wird im Frühjahr auch vorliegen. Besonders würde ich mir auch wünschen, dass im Südwesten nach Graz sozusagen eine Straßenbahn fährt, genauso nach Gösting, auch der Uni-Einser ist notwendig, Buslinien, Konzept Graz West und was ganz dringend ist, da dürfen wir nicht auf Olympia warten, sind z.B. auch die Mittelteile für die Straßenbahnen. Die bräuchten eigentlich dieses Jahr schon Unterstützung und jeder Euro und wenn das auch vom IOC kommt, herzlich gerne, das ist ja logisch. Das ist nur eine kleine Liste gewesen.

**3.7 Frage 7: Internationale Beziehungen – Aktivitäten der Stadt Graz
(GRⁱⁿ Dipl.-Mus. Christine Braunersreuther, KPÖ an Bgm. Mag. Siegfried Nagl,
ÖVP)**

GRⁱⁿ **Braunersreuther**:

Sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Zuhörerinnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister. Angesichts der zunehmenden Verunsicherung der Bevölkerung durch Kriege, die quasi durchs Fernsehen und andere Medien in unsere Wohnzimmer vordringen, und Krisen und Korruption, ist die Schaffung eines stabilen, friedlichen Umfelds in der Stadt natürlich auch im Land und vor allem auf europäischer Ebene sehr wichtig. Ein Mittel, um freundschaftliche Kontakte zu anderen Städten und Ländern herzustellen und zu intensivieren, ist die Pflege internationaler Beziehungen. Ich bin mir sicher, dass die Stadt Graz und Sie in Ihrer Rolle als Bürgermeister und

Referatsverantwortlicher hier sehr viel unternehmen. Aber um diese Botschaft auch der Bevölkerung mitzuteilen, wäre es auch wichtig, dass das mehr nach „draußen“ gelangt.

Im Namen der KPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich Ihnen daher folgende

Frage:

Sind Sie bereit, im Rahmen Ihrer Zuständigkeit einen Bericht über die Aktivitäten der Stadt Graz zur Pflege und Verbesserung internationaler Beziehungen im Sinne des Motivenberichtes zu erstellen und diesen öffentlich zu präsentieren?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, angesichts der zunehmenden Verunsicherung der Bevölkerung durch Kriege, die quasi in unsere Wohnzimmer vordringen, Krisen und Korruption, ist die Schaffung eines stabilen, friedlichen Umfelds in der Stadt, im Land und vor allem auf europäischer Ebene sehr wichtig. Ein Mittel, um freundschaftliche Kontakte zu anderen Städten und Ländern herzustellen und zu intensivieren, ist die Pflege internationaler Beziehungen. Ich bin mir sicher, dass die Stadt Graz und Sie in Ihrer Rolle als Bürgermeister und Referatsverantwortlicher hier sehr viel unternehmen. Es wäre aber auch wichtig, dass diese Botschaft auch bei der Bevölkerung „draußen“ ankommt.

Für die KPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich Ihnen daher folgende

Frage:

Sind Sie bereit, im Rahmen Ihrer Zuständigkeit einen Bericht über die Aktivitäten der Stadt Graz zur Pflege und Verbesserung internationaler Beziehungen im Sinne des Motivenberichtes zu erstellen und diesen öffentlich zu präsentieren?

Bgm. Mag. **Nagl**:

Frau Gemeinderätin, internationale Beziehungen und Olympia passen gut zusammen, aber keine Sorge, darüber diskutieren wir später. Aber ich möchte Ihnen sagen, ja, Sie haben Recht. Wir haben ja sehr viele Kontakte in die Welt hinaus und wir haben auch sehr viel Besuch und Kontakte in die Stadt hinein. Allein schon durch die vielen Institutionen, die wir in Graz haben. Ob das unsere Universitäten sind, ob das unsere Kulturprojekte sind, aber auch die wirtschaftlichen Kontakte sind enorm. Auch die Stadt Graz selbst mit sehr, sehr vielen Projekten. Ich kann nur sagen, wir sind Unesco City of Design, wir sind mit EFSZ, mit Ecker, mit UTC, mit dem EU-Referat, mit der Stadtbaudirektion usw. ununterbrochen auch international tätig. Wir haben sie im gleichnamigen Referat jetzt zusammengefasst vor einigen Jahren, wir pflegen das und intensivieren auch diese Entwicklungen. Es vergeht kein Monat, wo mich nicht Botschafterinnen und Botschafter oder andere hochrangige Persönlichkeiten aus dem Ausland auch in Graz besuchen. Wir haben sehr viele Delegationen in Graz, die es auch hier zu empfangen gilt oder zu betreuen gilt, die sich auch viele Bereiche der Stadt ansehen. Es kommen sehr viele Delegationen aus anderen Städten, jetzt zuletzt aus Afrika über das UTC der erste Besuch, sehr spannend, weil ich Bürgermeister und Stadtverantwortliche aus Afrika hier hatte und einmal gespannt war, was die sich im Rahmen ihres Besuches bei einem UTC-Universitätstreffen vorstellen und das Spannende war, sie waren in erster Linie an unseren Infrastrukturen, an unseren Betrieben interessiert, was mir wieder klar gezeigt hat, dass es halt dort am Wesentlichsten fehlt. Ein Wasserwerk, ein Abwasserbereich, Elektrizitätsgeschichten, Wärmeversorgungen, all diese Dinge, Green Technology, Sozialbauten, all das waren Riesen-Themen und ich denke, da können wir auch einen großen Beitrag leisten. Wir haben die 13 Städtepartnerschaften, und wir haben auch immer wieder Jubiläen, die wir zu feiern haben, auch jetzt im heurigen Jahr sind einige dabei und wir haben natürlich auch sehr viele Austauschstudierende zusammengefasst. Das wäre längst einen Jahresbericht wert und es wird ihn künftig auch geben.

Braunersreuther:

Vielen Dank erst einmal, dass es diesen Bericht geben wird, denn Internationalisierung findet ja nicht nur über Sport statt, da haben Sie ganz Recht. Allerdings ist es so, der zunehmende Einfluss von als deutlich rechts einzustufenden PolitikerInnen in Österreich wird im In- und Ausland mit großer Sorge betrachtet wird. Auch Graz bleibt von dieser Entwicklung nicht verschont. Mit dem Herrn Sickl hat Ihr Koalitionspartner, die FPÖ, einen neuen Gemeinderat in ihre Reihen geholt, der beste Kontakte zu den als rechtsextrem eingestuften und vom Verfassungsschutz beobachteten Identitären pflegt, das wissen wir alle. Auch Vizebürgermeister Mario Eustacchio ist einer der Hauptredner beim ebenfalls als rechtsextrem eingestuften und von den Identitären organisierten Kongress der Verteidiger Europas.

Meine Frage deswegen, sehen Sie angesichts dieser Entwicklung eine Gefahr dafür, dass die positiven internationalen Kontakte und Entwicklungen für die Stadt Graz gestört werden und wenn ja, was gedenken Sie dagegen zu tun?

Bgm. Nagl:

Also bis jetzt, wenn ich so sagen darf, hatte ich keinerlei Anfragen oder Gespräche in diese Richtung und deswegen werde ich gerne auf Ihre erste Frage noch einmal eingehen und sagen, ja, es wird einen genaueren Bericht geben, ich denke mir, dass wir in Österreich aufgrund der Wahlerfolge der Volkspartei, aber auch der freiheitlichen Partei uns schon einmal ernsthaft die Frage stellen müssen, warum denn die Bevölkerung diese Parteien wählt. Aber das sollten Sie sich in Ihren Parteien in erster Linie fragen, weil ich denke mir, dass wir einen Moralismus in Österreich jetzt verfolgen, den viele Menschen einfach nicht mehr aushalten. Da geht es auf keine Religion zurück, aber es ist so eine Art Ersatzreligion, die in unseren Tagen entsteht und wenn man eine andere Meinung hat als die eigene, neigen sehr viele linke Fraktionen dazu, das im besten Fall als unmöglich darzustellen oder extreme Schritte immer wieder einzuleiten. Ich habe in manchen Dingen auch Sorge, damit ich das auch

klar sage, und ich weiß, warum ich mir eine Partei der Mitte ausgesucht habe und weder Links- noch Rechtsextremismus unterstützen werde...

Zwischenruf GRⁱⁿ. Robosch: Das ist doch nicht die Mitte!

Nagl: Ja, das ist ganz wichtig, dass ich Ihnen das sage. Wissen Sie, es ist schon spannend, es gibt diese beiden Seiten und das sehen manche nicht und wenn Sie heute sagen und es ist wichtig, dass ich das auch einmal sage, weil manche sind ja schon Frontfrau oder Frontmen bei Demonstrationen. Wer im Gemeinderat sitzt, hat eine andere Möglichkeit, als auf der Straße seine Aufmerksamkeit zu suchen. Er hätte hier herinnen politisch die Gelegenheit und die Möglichkeit, sich auch in Wahlen so darzustellen, dass er auch gewählt wird. Aber wie gesagt, ich teile diese Sorge jetzt nicht. Graz steht gut da. Wir haben in der Agenda uns gut darauf abgestimmt, wie wir auch mit dem Thema Integration, mit dem Thema Menschenrechte umgehen und bis zum heutigen Tag verläuft das ja schon ein Jahr sehr gut. Diese Sorge teile ich nicht, wenn Sie darauf gerne eine Antwort wissen wollen.

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (14.15 Uhr).

**3.8 Frage 8: Basaltspitt – Erfahrungen aus der Praxis
(GRⁱⁿ Mag.^a Astrid Schleicher, FPÖ an Stadträtin Elke Kahr, KPÖ)**

GRⁱⁿ Schleicher:

Sehr geehrte Frau Stadträtin! Hoher Gemeinderat, werte Zuhörer. In meiner Frage geht es um Basaltspitt, also um Streusplitt und um die Erfahrung in der Praxis in den

letzten 10 Jahren. Die Streumittelverordnung sagt ja, dass beim Winterdienst, und da haben wir ja gerade gestern einen Großeinsatz gehabt, ausschließlich Basaltsplitt verwendet werden darf. Dieses Gestein hat eine sehr große Härte und so soll es deshalb zu keinem Abrieb, also zu keiner Staubeentwicklung kommen. Jetzt habe ich mich mit Grazer Winterdienstfirmen unterhalten und die haben aus der Praxis berichtet, einmal, dass bei der längeren Lagerung von diesem Splitt, z. B. von einer Winterdienstsaison zur nächsten, auch sehr große Staubmengen entstehen. Dann wurde berichtet, dass auch beim Zusammenkehren am Ende der Saison sehr große Staubmengen am Gehsteig entstehen und weiters haben die Firmen beklagt, dass der Basaltsplitt in der Anschaffung viel teurer ist als andere Splittarten. Deshalb meine

Frage an Sie:

Sind Sie bereit, im Rahmen Ihrer Ressortzuständigkeit bei der Holding Graz nachfragen zu lassen, welche Erfahrungen die Holding Graz mit dem Einsatz von Basaltsplitt nach inzwischen mehr als zehn Jahren in der Praxis gemacht hat und ob die Vorteile von Basaltsplitt als Streumittel – vor allem betreffend Feinstaubreduktion – gegenüber vergleichbaren Streumitteln in einem solchen Maße überwiegen, dass damit die Anschaffungskosten zu rechtfertigen sind?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Stadträtin! Die Streumittelverordnung der Stadt Graz normiert, dass als abstumpfendes Streumittel ausschließlich Basaltsplitt in einer Körnung von 2 bis 8 Millimeter verwendet werden darf. Glaubt man sämtlichen angepriesenen Eigenschaften von Basaltsplitt als Streumittel, so scheint es sich gegenwärtig um das optimale Produkt zu handeln, da das Gestein aufgrund seiner hohen Härte weniger Feinstaub erzeugen soll.

Es lässt sich jedoch feststellen, dass auch Basaltsplitt bei längerer Lagerung bzw. beim Aufkehren große Mengen an Staub produziert. Stellt man nun die Anschaffungskosten von Basaltsplitt und etwa jene von Kalkbruch gegenüber, so stellt man fest, dass Basaltsplitt rund dreimal so teuer ist. Von Interesse ist vor allem auch, ob die Eigenschaften des wesentlich teureren Basaltsplitt geeignet sind, um dieses Produkt aus gesundheitlicher Sicht anderen Produkten vorzuziehen.

Aus diesem Grund richte ich an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage

gem. § 16a der GO des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz:

Sind Sie bereit, im Rahmen Ihrer Ressortzuständigkeit bei der Holding Graz nachfragen zu lassen, welche Erfahrungen die Holding Graz mit dem Einsatz von Basaltsplitt nach inzwischen mehr als zehn Jahren in der Praxis gemacht hat und ob die Vorteile von Basaltsplitt als Streumittel – vor allem betreffend Feinstaubreduktion – gegenüber vergleichbaren Streumitteln in einem solchen Maße überwiegen, dass damit die Anschaffungskosten zu rechtfertigen sind?

StRⁱⁿ. Kahr:

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin Schleicher, danke für Ihre Anfrage, die ist sehr wichtig. Gerade wenn man über Feinstaub spricht, auch darauf genau den Blick zu richten und ich habe Ihre Anfrage natürlich auch genutzt, um bei der Holding nachzufragen. Sie haben eh schon richtig gesagt, dass seit 2005 die Verwendung von abriebfestem Basaltsplitt verwendet wird und erlaubt ist und die Holding hat eindeutig erklärt, dass die Eigenschaften dieses verwendeten Materials hinsichtlich der Abriebhärte, der Staubanteile und der Frostbeständigkeit entscheidend sind und im Vergleich zu Kalksplitt auf jeden Fall besser geeignet sind. Seit der Umstellung, sagen

sie, gibt es nur gute Erfahrungen seitens des Winterdienstes und vor allem die Preisfrage haben sie jetzt ganz konkret zum Anlass genommen, um noch einmal bei Lieferanten nachzufragen bei Kalksplitt. So beträgt z.B. bei einer Tonne Basaltsplitt derzeit inkl. MwSt. 1 Tonne € 27, der aktuelle angefragte Preis für Kalksplitt bei zwei unterschiedlichen Lieferanten war einmal € 26,16 und bei der anderen Lieferanten 27,48 je Tonne. Also vom Preis her liegt das in etwa gleich und insofern rechtfertigt das jetzt aus meiner Sicht die Verwendung von Basaltsplitt auf jeden Fall, weil er ja sozusagen von der Materialverwendung her auch als das Beständigere und Bessere genannt wird. Aufgrund des überwiegenden Einsatzes von Feuchtsalz wurden in den letzten drei Wintern pro Winterdienstsaison ca. 400 bis 500 Tonnen an Splitt ausgebracht und das hat in Summe einen Wareneinsatz von ca. 15.000 Euro nach sich gezogen.

GRⁱⁿ Schleicher:

Danke, die Zahlen überraschen mich jetzt sehr. Offenbar bekommt die Holding da einen viel besseren Preis als kleinere Firmen in Graz. Die aktuellen Zahlen, die ich heute noch einmal recherchiert habe ist, dass die Tonne Basalt 80 bis 90 € kostet und Pflastersplitt 50 €. Das heißt, das ist ein gewaltiger Unterschied. Für kleine Betriebe ist das ein wahnsinniger Kostenfaktor und jetzt ist meine Frage, sind Sie bereit zu prüfen, ob die Holding, die offenbar viel bessere Preise bekommt, bereit ist, an andere kleinere Grazer Winterdienstfirmen den Preis weiterzugeben.

StRⁱⁿ Kahr:

Dass die Holding einen guten Preis bekommt, ist ja im Sinne des Steuerzahlers etwas Gutes und Positives. Dazu kommt natürlich auch noch, dass wir recht günstige Winter haben, das ist natürlich auch positiv. Ich war im Gemeinderat, wo wir ganz andere Sorgen hatten, weil es zu lange Winter gegeben hat und oft das Budget dafür gar nicht ausgereicht hat. Ich werde Ihre Frage prüfen lassen und ansehen lassen, weil es mich

so und so generell selbst interessiert und da kann ich Ihnen dann eine Rückmeldung geben.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (14.20 Uhr).

**3.9 Frage 9: Hundewiese in Reininghaus
(GRⁱⁿ Mag.^a Andrea Pavlovec-Meixner, Grüne an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, ÖVP)**

GRⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie. In meiner Frage geht es um eine Hundewiese in Reininghaus. Wie allseits bekannt ist, wird derzeit das Areal in Reininghaus von zahlreichen HundebesitzerInnen im Grazer Westen genutzt, einfach auch deshalb, weil sie dort die Möglichkeit haben, den Hunden genügend Freiraum zu geben, um eine einigermaßen artgerechte Hundehaltung auch im urbanen Gebiet wie Graz zu ermöglichen. Auf der anderen Seite auch deshalb, weil es gerade im Grazer Westen wenig Möglichkeiten gibt, im Unterschied zum Osten oder in St. Peter oder in Geidorf, größere Flächen zur Verfügung zu haben. Deshalb entsteht natürlich aufgrund der geplanten Bebauung in Reininghaus eine ziemliche Sorge. Es hat sich da auch eine Initiative gegründet, die auch schon beim Mag. Köberl war. Die haben eine Petition gestartet für eine wirklich große Hundewiese im Areal von Reininghaus. Haben ihre Wünsche deponiert. Ausreichend Fläche, Beschattung, Beleuchtung, Wasserstelle und WC, und jetzt ist es dem Vernehmen nach so, dass es eine Planung gibt für eine Hundewiese in einem geringeren Ausmaß im Quartier 7 a und dass dieser Standort problematisch ist, weil er ja inmitten von Wohngebäuden liegt und auch ein Kindergarten dort ist und wir kennen ja das Problem im Augarten. Da ist nicht rundherum verbaut, aber die Kollegen in Jakomini wissen, wie viele Beschwerden es da gibt einfach wegen der

Lärmbelästigung. Deshalb wäre eine Situierung im großen öffentlichen Multifunktionspark, der geplant ist, anzudenken.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, seitens der Grünen folgende

Frage:

Sind Sie bereit, die Errichtung einer ausreichend großen Hundewiese am Areal des großen öffentlichen Parks (Central Park) in Reininghaus zu veranlassen?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Das Areal in Reininghaus – speziell der Teil, auf dem künftig der öffentliche Park entstehen soll - dient zahlreichen HundebesitzerInnen im Westen von Graz derzeit noch als Möglichkeit, ihren Hunden genügend Freiraum zu bieten und ermöglicht eine annähernd artgerechte Hundehaltung in der Stadt. Gerade im Westen von Graz besteht – im Unterschied zum Osten von Graz, wo es in St. Peter und Geidorf größere Flächen gibt – ein eklatanter Mangel an entsprechenden Flächen, der sich mit der Realisierung des Projekts Reininghaus noch verschärfen wird.

Deshalb besteht große Sorge seitens der HundebesitzerInnen, die daher eine Petition für eine Hundewiese gestartet haben, die bereits von mehr als 600 Personen unterzeichnet wurde. In dieser Petition ersuchen sie um eine Planung, die sowohl die Bedürfnisse der Hunde als auch jene der Menschen erfüllt: einen geeigneten Standort, um ein friedliches Miteinander zu ermöglichen, eine Fläche von mindestens 3.000 m² für ausreichend Auslauf, Beschattung durch Baumpflanzungen, Beleuchtung, Wasserstelle und WC.

Dem Vernehmen nach ist seitens der Stadt Graz eine Hundewiese in der Größe von nur 2.000 m² im Quartier 7a in Planung, ein Standort, der inmitten von Wohngebäuden sowie Kindergarten aufgrund der Erfahrungen an anderen Orten als wenig geeignet

erscheint und wo Konflikte wohl vorprogrammiert sind. Eine Situierung im Bereich des geplanten großen öffentlichen Multifunktionsparks wäre jedoch sicher sozial verträglicher und würde auch eine Fläche von zumindest 3.000 m² zulassen. Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, seitens des Grünen Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Sind Sie bereit, die Errichtung einer ausreichend großen Hundewiese am Areal des großen öffentlichen Parks (Central Park) in Reininghaus zu veranlassen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein, leider, und zwar aus folgenden Gründen: Am Gelände des zukünftigen Parks befinden sich derzeit zwei Trinkwasserbrunnen der Stamag, Sie wissen, das ist die Stadlauer Malzfabrik GmbH und die bleiben auch in Betrieb. Die wasserrechtlich festgelegten Schutzzonen 1 und 2 umfassen die gesamte Parkfläche. Die Schutzzone 1, das ist ein engeres Schutzgebiet, umfasst Teile des Grundstückes in Form einer quadratischen Fläche von jeweils 5 x 5m um jeden der zwei Brunnen. In dieser ist jede andere Nutzung als die der eigenen Wassergewinnung und jeder Fußgängerverkehr und jeder Fahrverkehr ausgeschlossen. Das heißt, wir haben mitten in dem Park zwei Brunnen und jeweils 5x5-m-Zonen, zwei Stück, in die nicht einmal einer hinein darf. Damit müssen wir uns eh noch beschäftigen. Die restliche Parkfläche gilt leider zur Gänze als Schutzzone 2, das sogenannte weitere Schutzgebiet, und in dieser Zone sind unter anderem wassergefährdende Nutzungen, wie unter anderem die Errichtung von Hundewiesen, verboten. Daher ist aus rechtlichen Gründen dieser Wunsch der Hundebesitzerinnen und Hundebesitzer und wahrscheinlich auch der Hunderln nicht möglich. Das hat mich auch überrascht und zeigt auch, wie stark unsere naturschutzrechtlichen Verfahren, Auswirkungen und Regelungen jetzt schon sind, weil ich weiß nicht einmal, wie man in einem Park die 5x5-Flächen so hinbekommt, dass dort keiner künftig hineingehen wird. Aber mit dem

werden wir uns noch näher beschäftigen müssen. Interessant ist aber, dass meine Abteilung Grünraum und Gewässer für die nächsten zwei Jahre auch weitere Hundewiesen im Westen machen wird. Da sind ein paar geplant. Ob die zur Zufriedenheit aller Bewohner dort vor Ort führen, weiß ich noch nicht, aber wir müssen auch die finanziellen Mittel noch aufstellen. Mir ist das Problem „Vierbeiner“, wenn ich so sagen darf, durchaus bekannt. Wir haben es ja fast jedes Jahr, oder fast jedes Monat auch im Gemeinderat. Aber dort auf diesem Park wird die Errichtung einer Hundewiese gesetzlich nicht möglich sein, also müssen wir uns mit dem Thema sicherlich noch beschäftigen, ob wir eine Alternative finden.

GRⁱⁿ Pavlovec-Meixner:

Ja, das ist interessant, auf was man drauf kommt, wenn man so eine Frage stellt. Weil das ja wirklich auch Auswirkungen hat auf andere Nutzungen im Central Park. Gibt es jetzt schon eine konkrete Planung, wo diese Hundewiese situiert werden soll? Kennen Sie die oder ist da noch keine konkrete Planung vorhanden?

Bgm. Nagl: Ich habe es mit der Abteilung noch nicht besprochen, deswegen kann ich es Ihnen jetzt spontan nicht sagen. Aber ich glaube, wir haben versucht, einmal Flächen zu finden auch mit der Frau Katharina Peer und wenn wir Flächen haben, können wir dann auch wieder an die Planung herangehen. Ich sage noch einmal dazu, jede Hundewiese ist für den Hundebesitzer oder die Hundebesitzerin und die Tiere wunderbar, für Anrainerinnen und Anrainer sofort auch wieder Grund zur Klage auf Grund der Lärmbelästigungen, die es gibt. Man muss sehr behutsam umgehen, um Hundewiesen zu finden. Das ist ein Riesen-Thema. Ich weiß nicht genau, wie viele Hunde jetzt in Graz leben. Wir sind einmal von einer Zahl ausgegangen, nachdem es ja leider die Registrierungspflichten in der Form so nicht mehr gibt, wie es früher einmal der Fall war, ich glaube, die Schätzungen liegen um die 16.000 Hunde, wenn man die Nahrungsmittelhersteller befragt, aber genau weiß es keiner. Aber das ist schon eine

Öffentliche Gemeinderatssitzung vom 8. Februar 2018

ordentliche Dimension und wir müssen uns Gedanken machen, wie dieses Miteinander in dieser Stadt gelingt, zwischen Vierbeinern und Zweibeinern.

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (14.30 Uhr).

Ende der Fragestunde um 14.30 Uhr.